

# Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rößlich, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Rübshappel und Tirscheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und andere Zeitungsverleger entgegen. — Einzelnummer 25 Pfg.



Anzeigenpreis: Die sechspaltige Grundzeile wird mit 75 Pfg. für auswärtige Besteller mit 85 Pfg. berechnet. Im Reflektoren- und amilichen Teile kostet die dreispaltige Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 Mk. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften. Druck und Verlag von Dito Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr. 112.

Sonnabend, den 14. Mai 1921

71. Jahrgang.

Zufolge Gesamtministerialbeschlusses wird vom 17. Mai ab bei dem unterzeichneten Amtsgericht die **gesetzliche Geschäftszeit** eingeführt. Sie dauert in den Sommermonaten von 7 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags, an den Sonnabenden nur von 7 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags.

Lichtenstein-Callnberg, den 13. Mai 1921.  
Das Amtsgericht.

Am 3. Pfingstfeier sind alle **Geschäftsstellen des Rathauses** (einschließlich der Sparkasse) geschlossen. Das Standesamt ist an diesem Tage nur für die Anmeldung von Sterbefällen vormittags von 9—10 Uhr geöffnet.

Stadtrat Lichtenstein-Callnberg,  
am 13. Mai 1921.

## Sparkasse Hohndorf (Bez. Chemnitz).

Zinsfuß 3 1/2%. Tägliche Verzinsung  
Postsparkonto Leipzig Nr. 21489.

Gemeinde-Girokonto Nr. 2. Strenge Geheimhaltung  
Unengeltliche Aufbewahrung von Wertpapieren.  
Geschäftszeit während des Winterhalbjahres: 7 bis 21 Uhr  
vorm. 2—4 Uhr nachm. und an den Tagen vor Sonn-  
und Festtagen durchgehend von vormittags 7 bis nach-  
mittags 1 Uhr.

Als Mitglied der öffentlichen Lebensversicherungsanstalt der Sparkassen ist die Sparkasse Vermittlungsstelle für Lebens- und Rentenversicherungen.

## Geschäftszeit.

Vom 17. Mai ab an Werktagen:  
von vormittags 7—1 Uhr (nur für den öffentlichen Verkehr), von nachmittags 3—6 Uhr (lediglich für die Beamten)

an Sonnabenden durchgehend bis 1 Uhr.  
Personen, die nach 1 Uhr erscheinen, legen sich ihre Zurückweisung aus.  
Amtshauptmannschaft und Bezirksverband Glauchau,  
den 14. Mai 1921.

## Kurze wichtige Nachrichten.

Der Erfurter Mitteldeutschen Zeitung zufolge ist die Lage in Mitteldeutschland wieder sehr ernst. Einige Hundertschaften der Schutzpolizei, die schon den Befehl zum Abtransport nach Ober-Schlesien erhalten hatten, wurden in letzter Stunde zurückgehalten.

Der Internationale Bund der Kriegsteilnehmer hat einen Aufruf erlassen, der gegen die neue Ardasagefahrt im Westen und Osten Front macht. Der Aufruf fordert die ehemaligen Kriegsteilnehmer in allen Ländern auf, in eine Million gegen den drohenden Krieg einzutreten.

„Information“ zufolge habe ich Briand geäußert, falls Bayern in der Frage der Entlassung von einer Haltung nicht abgibt, sei ein Einmarsch in Süddeutschland in Aussicht genommen.

In der Berliner Presse ist eine merkwürdige Abtönung des Tones gegenüber Deutschland eingetreten. Die großen Abendzeitungen enthalten ich seit langer Zeit zum ersten Male jedes Verleumdungen des Reiches.

In London sind Nachrichten eingezogen, die besagen, daß die polnische Regierung die Aufständischen unterstützt und man weiß darauf hin, daß General Haller für die Aufständischen Hilfe angedeutet hat.

Die Bergarbeiter aller Kohlenreviere der Steiermark sind im Streik, weil ihnen ihre Lohnforderungen nicht bewilligt worden sind. Die Bergarbeiter Nordböhmens wollen auch in den Streik treten.

Le Peuple meldet, daß die Ju'annentunit belgischer und holländischer Sozialisten am 20. ds. Mts. in Antwerpen stattfinden solle.

Wie die Telegraphen-Union hört, werden in den nächsten Tagen in Berlin und dem Reich große Volksversammlungen stattfinden, in denen die Bevölkerung zur ober-schlesischen Frage Stellung nehmen wird.

Der englische Generalkonsul Vollard wird, wie verlautet, in Begleitung mehrerer englischer Journalisten zu dem am 23. Mai beginnenden Verhandlungen gegen die deutschen Kriegsoberbrecher in Leipzig eintreffen.

## Deutsches Reich.

### Die parlamentarische Pause.

Berlin. Die gegenwärtige Pfingstpause des Reichstages wird durch die Parteiführer dazu ausgenutzt, um eine weitere Klärung in der innenpolitischen und parlamentarischen Situation herbeizuführen. Wie unser Berliner Vertreter erfährt, wird besonders die Frage der Herbeiführung eines Gleichge-

## Frankreichs Hilfe für Polen.

Während Polen dem deutschen Geschäftsträger über die amtliche Haltung zu den Vorgängen in Oberschlesien ausweichend antwortet, soll Korfanty, anscheinend unter dem Druck fehlender Geldmittel, an die Warschauer Regierung ein Ultimatum gerichtet haben, in dem er fordert, daß die Regierung nunmehr aus ihrer abwartenden Haltung heraustrete und sich unter dem Eindruck der Volksstimmung auch offiziell mit den Aufständischen solidarisch erkläre, anderenfalls droht er mit Loslösung des Gebietes und Ausrufung einer unabhängigen ober-schlesischen Volksrepublik. Korfanty und Szepka sollen an die Spitze der neu zu bildenden Regierung treten. Die Franzosen sollen angeblich diesem Plane nicht abgeneigt gegenüberstehen. Auch sonst tritt Veronid und Frankreichs zweifelhaftes Verhalten immer mehr zutage. Der Vertreter der Chicago Tribune, der sich im Hauptquartier Korfantys befindet, erklärte, daß tatsächlich ein Waffenstillstand zwischen Veronid und Korfanty abgeschlossen und auch eine Demarkationslinie festgelegt worden sei.

### Korfanty kraft Veronid Lügen.

Berlin, 13. Mai. Nach einer Meldung der „Bohischen Zeitung“ aus Breslau widerlegt Korfanty die Behauptung Veronids über ein Nichtbestehen eines Abkommens mit den Insurgenten durch Veröffentlichung eines Tagesbefehls der polnischen Kampfgruppe D1, in welchem es heißt, daß die Festlegung der Demarkationslinie und der Waffenstillstand unterzeichnet worden seien von dem französischen Oberst L. Adam, dem italienischen Oberleutnant Pariggi und dem englischen Hauptmann Gascol, und seitens der Polen von den Kommandierenden Haupten, Olowski, Foiszisz und Laszowski. Dies Abkommen sei dem General Veronid übermittelt worden.

### Wir verzeichnen hierzu noch folgende Depeschen:

Paris, 13. Mai. Auf die Reutersnote, daß nur der Oberste Rat und nicht die Interalliierte Kommission in Oberschlesien die letzte Entscheidung in der ober-schlesischen Frage habe, antwortet Caza de Paris, es sei unwahrscheinlich, daß die französische Regierung, die entschlossen sei, das gesamte Industriegebiet von Oberschlesien Polen zuzuteilen, sich an den Obersten Rat wenden werde, ohne sich vorher der Annahme des Grundgesetzes ihrer Theorie versichert zu haben.

In einem Reisebericht aus Oberschlesien in der D. N. J. schreibt Christian Bouchholz: Ich möchte hier ein Schriftstück zitieren, das ich mir abgeschrieben habe. Es enthält die eidlch erhärtete Aussage des Eisenbahninspektors Küster aus Randzin. Es lautet:

„Bahnhof Randzin nach achtstündigem schweren Kampf von den Aufständischen genommen. Bereits vor vier Tagen haben Hallertruppen in geschlossenen Verbänden am Kampf teilgenommen. Nachdem französische Besatzungstruppen von Anfang an die aufständischen Polen durch Lieferung von Waffen und Munition unterstützt hatten, haben sie gestern und heute Munition mit Kraftwagen in die Kampflinien gebracht. Heute haben reguläre französische Truppen mit Artillerie in den Kampf gegen uns eingegriffen. Dies führte zur Einnahme des Bahnhofs Randzin. Die Richtigkeit dieser Angaben kann durch zahlreiche andere Zeugen eidlch bestätigt werden.“

### Die Stellungnahme Englands.

London, 13. Mai. Daily Telegraph schreibt in einem Leitartikel: Die Lage in Oberschlesien sei äußerst ernst und drohend. Die alliierten Regierungen seien berechtigt, ja sogar verpflichtet, das gewalttätige und ungelegliche Unternehmen der polnischen Aufständischen zu unterdrücken. Man könne leicht verstehen, daß Frankreich für Polen eintrete. Denn ein harter polnischer Staat könne ein nützlich-

wicht im Osten gegen Deutschland bilden. Vertrag sei jedoch Vertrag, und es liege mindestens ebenso im Interesse Frankreichs, wie in dem Englands und Italiens, daß der Versailles Vertrag unbeschädigt aufrechterhalten werde.

### Italienische Entschädigungsforderung.

Breslau, 13. Mai. Nach einer Meldung der Schlesischen Volkszeitung hat die italienische Regierung eine Note nach Warschau gerichtet, in der sie für die Tötung der italienischen Offiziere und Soldaten eine Entschädigung in Höhe von 15 Millionen verlangt.

### Rücktritt des Fürsten Hatzfeldt.

Berlin, 13. Mai. Wie wir hören, hat der Vertreter der deutschen Regierung bei der Interalliierten Kommission in Opatowitz Fürst Hatzfeldt heute früh dem Vorsitzenden der Kommission General Veronid mitgeteilt, daß er sein Amt niederlege. Die Ursache zu diesem Rücktritt ist darin zu erblicken, daß dem Fürsten von der Kommission bestimmte Zusicherungen über die Ruhe in Oberschlesien gemacht worden waren, die nicht innegehalten worden sind. Die Gespräche werden inzwischen vom Vertreter des Fürsten, dem Grafen Prajma, weitergeführt. Dem Fürsten Hatzfeldt ist es zweifellos zu verdanken, daß infolge seiner ruhigen und besonnenen Geschäftsführung die außerordentlich gespannte Lage in Oberschlesien sich nicht über die bedauerlichen Unruhen hinaus noch weiter zu internationalen Verwicklungen verschärft hat.

### Eine neue deutsche Note über Oberschlesien.

Die Reichsregierung hat sich mit der ober-schlesischen Angelegenheit beschäftigt und ist bei ihren Beratungen zu dem Entschlusse gekommen, neue Schritte zu unternehmen, um den Rechtsbruch in Oberschlesien in seiner weiteren Auswirkung zu verhindern. Es wurde beschlossen, eine Note an die Regierungen in London, Paris, Rom und Brüssel zu richten, in der erklärt wird, daß die Handlung der Interalliierten Plebiszitkommission, mit den ober-schlesischen Aufständischen zu irgend welchen Vereinbarungen sich herabzulassen, unvereinbar ist mit den völkerrechtlichen Begriffen und den Bestimmungen des Friedensvertrages. Alle bisher zwischen der Interalliierten Kommission in Opatowitz und den Aufständischen getroffenen Vereinbarungen müßten als rechtsungültig erklärt werden. Die deutsche Regierung könne sich unter keinen Umständen mit der Haltung der Interalliierten Plebiszitkommission einverstanden erklären und eruche deshalb um Maßnahmen der Alliierten, die bisherigen Mitglieder der Kommission, namentlich die französischen, abzuberufen und durch andere zu ersetzen.

### Die Lage über einen deutschen Einmarsch in Oberschlesien.

Die von polnischer Seite verbreitete Fuge von einem Einmarsch deutscher Truppen in Oberschlesien ist nunmehr durch einwandfreie Tatsachen und insbesondere durch das Zeugnis der englischen und italienischen Kriegskontrolleure in Oberschlesien widerlegt worden. Wie unser Berliner Vertreter erfährt, sieht sich unerbittlich selbst die polnische Regierung genötigt, von den unwahren Nachrichten abzurufen und zu erklären, daß nach den bisherigen Feststellungen eine Verletzung für die Tatfrage eines deutschen Truppeneinmarsches in Oberschlesien sich in keiner Weise ergeben habe.

### Die Schutzlosigkeit der deutschen Bevölkerung.

Berlin, 13. Mai. Eine Abordnung der Reichsober-schlesier ist bei dem italienischen und dem englischen Botschafter in Berlin vorstellig geworden, um auf die Schutzlosigkeit der deutschen Bevölkerung vor den Injurientenbanden und auf die offene Parteinahme der Franzosen hinzuweisen und um schnelle Abhilfe, wenn möglich durch Verstärkung der italienischen und englischen Truppen, zu bitten. Die beiden Botschafter gaben der Deputation beruhigende Zusicherungen.

wichts zwischen den Koalitionsparteien in Preußen und im Reich die Parteiführer beschäftigen. Die Deutsche Volkspartei wird vor die Frage gestellt sein, ob sie den Versuch machen soll, im Reich mit Zentrum und Sozialdemokraten zusammen wieder die Führung der politischen Geschäfte zu übernehmen. Die Widerstände, die die Sozialdemokratie einem solchen Versuche entgegenstellt, werden zwar sehr stark sein, aber es bleibt gegenwärtig im Lager der Sozialdemokratie nur die eine Wahl, entweder auf gänzlich unhaltbarer parlamentarischer Basis im Reich weittragende Verantwortungen auf sich zu nehmen, oder aber die übernommene

Verantwortung dadurch zum Wohle des Landes abzumildern, daß sie der Deutschen Volkspartei den Weg dazu ebnet, an der Reichspolitik mitzuwirken und einen Teil der Verantwortung mit zu übernehmen. Im allgemeinen schätzt man die Haltung der Deutschen Volkspartei augenblicklich so ein, daß man mehr denn je ernsthaft auf ihre Mitarbeit rechnet. Der preussische Ministerpräsident Stegerwald hat sich seinerseits bereit erklärt, die Vermittlung zwischen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie zu übernehmen. Hinter ihm steht die ganze Zentrumspartei; die auch jetzt noch nicht gewillt ist, eine Regierung im Reich unter

Abend-  
für gem. Chor,  
Blumenmission  
firm. Jugend  
am bekanntem  
der Festgottes-  
Chor von C.  
Landeskirchen-  
lung im Kon-  
pend 19 Uhr  
lung der Auf-  
Abendmahl.  
h. O. heiliger  
Sammlung  
ritonolo, gem  
abt der Herr.  
Bf. Märkel.  
toilette von C.  
Zugendbund.  
senft: „Rom  
endbundes.  
aufen  
en  
nden  
ten  
den  
en  
gen  
hen  
en  
ipse  
er  
el  
ter  
enkнопfe  
lein  
haft  
olditz  
oin - C.  
abe 1.  
anfswelger  
rgel  
Welsk,  
traße.  
orm.  
sanft  
gen.  
ssen,  
ngst-  
aus.